
Vorsitz: Litauen**862. PLENARSITZUNG DES RATES**1. Datum: Donnerstag, 19. Mai 2011

Beginn: 10.10 Uhr

Schluss: 12.00 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter R. Norkus3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: BESCHLUSS ÜBER DIE EMPFEHLUNG
BETREFFEND DIE WIEDERBESTELLUNG VON
BOTSCHAFTER JANEZ LENARČIČ ALS
DIREKTOR DES BÜROS FÜR DEMOKRATISCHE
INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE

Vorsitz

Beschluss: Der Ständige Rat verabschiedete den Beschluss Nr. 999 (PC.DEC/999) über die Empfehlung betreffend die Wiederbestellung von Botschafter Janez Lenarčič als Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte; der Wortlaut des Beschlusses ist diesem Journal beigelegt.

Kanada (auch im Namen Islands, Liechtensteins, Norwegens und der Schweiz) (interpretative Erklärung, siehe Beilage zum Beschluss), Vorsitz

Punkt 2 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

- (a) *Verurteilung von A. Sannikow und die Medienfreiheit in Belarus:* Ungarn – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro und Türkei; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina und Serbien; dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Norwegen;

sowie mit San Marino) (PC.DEL/452/11), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/447/11), Kanada (PC.DEL/451/11), Belarus (PC.DEL/456/11)

- (b) *Internationaler Tag gegen Homophobie und Transphobie am 17. Mai 2011:* Ungarn – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island und Montenegro; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina und Serbien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Armenien, Georgien und San Marino) (PC.DEL/455/11), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/449/11), Schweiz, Heiliger Stuhl (PC.DEL/450/11), Russische Föderation
- (c) *Bewaffneter Zwischenfall nahe der südossetischen administrativen Grenzlinie:* Georgien (PC.DEL/460/11), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/448/11), Russische Föderation (PC.DEL/462/11), Ungarn – Europäische Union, Vorsitz
- (d) *Die Grundfreiheiten in Aserbaidshan:* Ungarn – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island und Montenegro; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien und Bosnien und Herzegowina; sowie mit dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Norwegen) (PC.DEL/453/11), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/446/11), Aserbaidshan (PC.DEL/461/11)

Punkt 3 der Tagesordnung: BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES
 AMTIERENDEN VORSITZENDEN

- (a) *Fünfunddreißigster Jahrestag der Gründung der Moskauer Helsinki-Gruppe, 12. Mai 2011:* Vorsitz (CIO.GAL/98/11)
- (b) *Besuch des Amtierenden Vorsitzenden in Tadschikistan vom 16. bis 18. Mai 2011:* Vorsitz (CIO.GAL/98/11)
- (c) *Besuch des Amtierenden Vorsitzenden in der Provinz Kundus (Afghanistan) am 17. Mai 2011:* Vorsitz (CIO.GAL/98/11)
- (d) *Zehnter Jahrestag der OSZE-Mission in Serbien am 16. Mai 2011:* Vorsitz (CIO.GAL/98/11)
- (e) *Zwanzigster Jahrestag des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte am 17. Mai 2011:* Vorsitz (CIO.GAL/98/11)
- (f) *Seminar zur menschlichen Dimension 2011 über die Rolle der politischen Parteien im politischen Prozess vom 18. bis 20. Mai 2011 in Warschau:* Vorsitz (CIO.GAL/98/11)
- (g) *Veranstaltung des OSZE-Vorsitzes im Rahmen des V-zu-V-Dialogs – Herausforderungen durch Naturkatastrophen und vom Menschen verursachte*

Katastrophen und die koordinierte Reaktion der internationalen Staatengemeinschaft am 20. Mai 2011 in Wien: Vorsitz (CIO.GAL/98/11)

- (h) *Auswahlverfahren für den Posten des Generalsekretärs: Vorsitz (CIO.GAL/98/11)*

Punkt 4 der Tagesordnung: **BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS**

- (a) *Bekanntgabe der Verteilung eines schriftlichen Berichts des Generalsekretärs (SEC.GAL/90/11 OSCE+): Generalsekretär*
- (b) *Zehnter Jahrestag der OSZE-Mission in Serbien am 16. Mai 2011: Generalsekretär*

Punkt 5 der Tagesordnung: **SONSTIGES**

Erkundungsmission in Belarus im Rahmen des Moskauer Mechanismus: Tschechische Republik (auch im Namen Deutschlands, der Vereinigten Staaten von Amerika, Kanadas, Dänemarks, Finnlands, des Vereinigten Königreichs, Islands, Norwegens, der Niederlande, Polens, Rumäniens, der Slowakei und Schwedens) (Anhang 1), Ungarn – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island und Montenegro; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien und Serbien; sowie den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Liechtenstein und Norwegen) (PC.DEL/454/11), Belarus (Anhang 2), Russische Föderation, Lettland

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 26. Mai 2011, 10.00 Uhr im Neuen Saal

862. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 862, Punkt 5 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK (AUCH IM
NAMEN DEUTSCHLANDS, DER VEREINIGTEN STAATEN VON
AMERIKA, KANADAS, DÄNEMARKS, FINNLANDS, DES
VEREINIGTEN KÖNIGREICHS, ISLANDS, NORWEGENS, DER
NIEDERLANDE, POLENS, RUMÄNIENS, DER SLOWAKEI UND
SCHWEDENS)**

Herr Vorsitzender,

die Tschechische Republik gibt diese Erklärung auch im Namen der folgenden Länder ab: Deutschland, Vereinigte Staaten von Amerika, Kanada, Dänemark, Finnland, Vereinigtes Königreich, Island, Norwegen, Niederlande, Polen, Rumänien, Slowakei und Schweden.

Die 14 Teilnehmerstaaten, die den Moskauer Mechanismus in Gang gesetzt haben, haben mit Sorge registriert, dass Belarus dem offiziellen OSZE-Berichtersteller für den Moskauer Mechanismus, Professor Emmanuel Decaux, keinen Sichtvermerk ausgestellt hat und mit ihm nicht zusammenarbeitet. Dieses Verhalten stellt einen eindeutigen Verstoß gegen die belarussischen Verpflichtungen aus dem Moskauer Mechanismus dar und steht im Widerspruch zu den Versprechungen von Belarus, weiter mit der OSZE zusammenzuarbeiten.

Wir sind der Auffassung, dass in Belarus eine Situation entstanden ist, die die Erfüllung der Bestimmungen der menschlichen Dimension der OSZE ernstlich infrage stellt. Wir forderten daher eine Erkundungsmission, die die Bedenken hinsichtlich der Demonstrationen vom 19. Dezember 2010 in Belarus sowie die seither eingetretenen Entwicklungen untersuchen und einen unabhängigen und unparteiischen Bericht mit Fakten, Anregungen und Ratschlägen verfassen sollte. Die vor Kurzem erfolgte Verurteilung des Präsidentschaftskandidaten Andrei Sannikow und mehrerer anderer Demonstrationsteilnehmer vom Dezember bestätigt nur die dringende Notwendigkeit einer unabhängigen Untersuchung bezüglich der Einhaltung der OSZE-Menschenrechtsverpflichtungen durch Belarus.

Wir betrachten den Moskauer Mechanismus, der mit Konsens und nach Treu und Glauben von allen Teilnehmerstaaten geschaffen wurde, als ein nützliches OSZE-Instrument für Zusammenarbeit und Dialog sowie als ein Mittel zur Klärung möglicher

Missverständnisse. Der Bericht des Berichterstatters soll Belarus dabei helfen, seinen Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte und Grundfreiheiten nachzukommen.

Wir erinnern daran, dass unsere Staats- und Regierungschefs erst vor Kurzem auf dem Gipfeltreffen von Astana den gesamten OSZE-Acquis, einschließlich des Moskauer Mechanismus, erneut bestätigt haben. Wir fordern Belarus daher eindringlich auf, seinen Standpunkt zu überdenken, Professor Decaux den Besuch in Belarus zu gestatten und ihm alle zur Erfüllung seines Auftrags erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen und ihn entsprechend zu unterstützen.

Ich ersuche Sie, Herr Vorsitzender, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

862. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 862, Punkt 5 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION VON BELARUS

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

wir haben den Erklärungen der Delegation der Tschechischen Republik im Namen von 14 Staaten und der Delegation Ungarns im Namen der Europäischen Union aufmerksam zugehört.

In diesem Zusammenhang möchten wir an unseren grundsätzlichen Standpunkt in Bezug auf den von einer Gruppe von Teilnehmerstaaten gegenüber Belarus eingeleiteten sogenannten „Moskauer Mechanismus“ erinnern.

Die belarussische Seite hat von allem Anfang an erklärt, dass keine objektive Begründung für die Ingangsetzung dieses Mechanismus vorliegt. Die Initiative der 14 Staaten ignorierte den offenen Dialog, den wir im Rahmen des Ständigen Rates der OSZE und des BDIMR geführt haben und noch immer führen, und stand im Grunde genommen im Widerspruch zu den Bestimmungen des Moskauer Dokuments selbst, da sie die Entsendung einer Berichterstermission nach Belarus vorsah, während sich gleichzeitig bereits Experten des BDIMR mit einem ähnlichen Mandat im Land aufhielten.

Die Republik Belarus betrachtet den erwähnten Herrn Decaux nicht als Bericht-erstatte r im Rahmen des „Moskauer Mechanismus“ der OSZE und sieht sich in diesem Fall nicht an die entsprechenden Kooperationsbestimmungen des Moskauer Dokuments gebunden. Darüber hat unsere Delegation die betroffenen Teilnehmerstaaten und den Direktor des BDIMR der OSZE ordnungsgemäß informiert.

In dieser Situation liegen die Gründe für die Ablehnung des Sichtvermerks an Herrn Decaux wohl auf der Hand. In jedem Fall ist die Erteilung eines Sichtvermerks bzw. einer Genehmigung zur Einreise in das Staatsgebiet das souveräne Recht eines Teilnehmerstaats.

Es ist jedoch bemerkenswert, dass der sogenannte „Berichterstatte r“ den Sichtvermerk bei der belarussischen Seite erst nach Ablauf der zwei Wochen, die ihm für die Ausarbeitung des Berichts gemäß Absatz 11 des Moskauer Dokuments eingeräumt worden waren, beantragt hat, wobei der Sichtvermerk aus irgendeinem Grund für Juni ausgestellt werden sollte. Das zeigt unserer Meinung nach nochmals sehr deutlich, dass es sich bei der Initiative

der 14 Staaten ihrem Wesen, ihrem Ablauf und ihrer Form nach nicht um den „Moskauer Mechanismus“ der OSZE handelt. Es ist ein „politischer Auftrag“.

Die belarussische Seite ist offen für andere, wirklich sinnvolle und für alle Seiten vorteilhafte Formen der Interaktion im Rahmen der OSZE und mit den Teilnehmerstaaten und wird den konstruktiven Dialog zu dieser Frage mit dem Amtierenden Vorsitz fortsetzen.

Danke, Herr Vorsitzender.

862. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 862, Punkt 1 der Tagesordnung

BESCHLUSS Nr. 999
EMPFEHLUNG BETREFFEND DIE WIEDERBESTELLUNG VON
BOTSCHAFTER JANEZ LENARČIČ ALS DIREKTOR DES BÜROS
FÜR DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND
MENSCHENRECHTE

Der Ständige Rat –

Bezug nehmend auf die Charta von Paris 1990 und den Beschluss des Ministerrats über die Entwicklung des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR), der auf dem zweiten Ministerratstreffen 1992 in Prag verabschiedet wurde,

unter Hinweis darauf, dass die Amtszeit des derzeitigen Direktors des BDIMR, Janez Lenarčič, am 30. Juni 2011 endet, –

1. ersucht den Vorsitzenden des Ständigen Rates, den in Dokument MC.DD/1/11/Rev.1 vom 17. Mai 2011 enthaltenen Beschlussentwurf des Ministerrats betreffend die Wiederbestellung von Botschafter Janez Lenarčič als Direktor des BDIMR an den Amtierenden Vorsitz weiterzuleiten;
2. empfiehlt, dass der Ministerrat diesen Beschluss im Rahmen eines Verfahrens der stillschweigenden Zustimmung verabschiedet, dessen Einspruchsfrist am 30. Mai 2011, 12.00 Uhr MEZ, endet.

PC.DEC/999

19 May 2011

Attachment

GERMAN

Original: ENGLISH

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Kanadas (auch im Namen Islands, Liechtensteins, Norwegens und der Schweiz):

„Herr Vorsitzender,

ich habe heute die Ehre, im Namen Islands, Liechtensteins, Norwegens, der Schweiz und Kanadas das Wort zu dieser sehr wichtigen Frage zu ergreifen und Ihnen diese interpretative Erklärung zur Kenntnis zu bringen.

Herr Vorsitzender,

wenn wir in diesem Fall ausnahmsweise mit einer Bezugnahme auf die Charta von Paris 1990 und dem Wort ‚Wiederbestellung‘ anstatt ‚Verlängerung‘, das das geeignetere gewesen wäre, einverstanden sind, betonen wir gleichzeitig mit Nachdruck, dass dies keine Zustimmung zu einer Auslegung bedeutet, die Zweifel an der Gültigkeit früherer oder künftiger Verlängerungen der Amtszeit der Leiter von Institutionen zuließe.

Danke, Herr Vorsitzender.“